



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/III/61 - 14. März 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21931-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

"Gemeinsamer Markt" steht zur Debatte	S. 1
Regiert England japanische Proteste ?	S. 3
Ein neuer Vorstoss der SPD für soziale Verbesserungen	S. 5
Um die Kandidatur Rasners	S. 7

## Sachliche Argumente sollten entscheiden

sp - In der kommenden Woche sollen die Brüsseler Verträge zum Gemeinsamen europäischen Markt und EURATOM in Bonn zum ersten Mal über die parlamentarische Bühne gehen. Regierung und Regierungskoalition wollen die Vertragswerke trotz zahlreicher Einwände noch vor Abschluss der Legislaturperiode unter Deck und Fach bringen.

Die Meinung über den Inhalt der Verträge und die Methode ihrer Bearbeitung im Parlament ist in den einzelnen Fraktionen sehr unterschiedlich. Zunächst darf man es als einen Erfolg der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion buchen, dass das Parlament überhaupt "schon" in der kommenden Woche mit den Verträgen befasst wird. Die Bundesregierung hat offenbar die Absicht, von ihrem formalen Recht der Vertragseratifizierung ohne ausführliche Diskussion im Parlament Gebrauch zu machen. Die Mehrheit, die sie hinter sich hätte, wäre angesichts der ausserordentlichen Verpflichtungen, die sich aus den Vertragswerken für die Bundesrepublik ergeben würden, mehr als dürftig. In der FDP macht sich eine starke Abneigung gegen die Ratifizierung der Verträge bemerkbar, und sogar in der CDU sind Stimmen laut geworden, die der Meinung Ausdruck geben, man sollte zunächst die Parlamente der anderen Vertragspartner das entscheidende Wort sprechen lassen. Ob sich diese Meinungen jedoch in der CDU durchsetzen werden, ist sehr fraglich.

In Frankreich, wo Ministerpräsident Guy Mollet in dieser Woche die Gesamtpolitik seiner Regierung in der Nationalversammlung zur Debatte

14. März 1957

stellt, besteht auch noch keine sichere Mehrheit für die Ratifizierung der Verträge zum Gemeinsamen Markt und zu EURATOM. Hier wird es im wesentlichen darauf ankommen, ob Ministerpräsident Kollet in der Lage ist, die erheblichen Bedenken gegen gewisse Beschränkungen im Hinblick auf die Verwendung des spaltbaren Materials zu militärischen Zwecken im EURATOM-Vertrag zu zerstreuen.

In Italien, Belgien, Holland und Luxemburg scheint die Mehrheit für die Annahme der Vertragswerke gesichert zu sein. Jedoch darf man nicht vergessen, dass die italienische Regierung z.Zt. auf sehr schwachen Füßen steht und möglicherweise von einer Regierung abgelöst werden könnte, die weniger Sympathien den Vertragswerken entgegenbringt, als die Regierung Segni.

Obwohl die englische Regierung erklärt hat, sie sei "für eine enge Zusammenarbeit" Grossbritanniens mit dem Gemeinsamen Markt Europas, schießt die konservative Presse unaufhörlich gegen das Projekt und warnt nachdrücklichst vor einer zu engen Verbindung der englischen Wirtschaft mit dem Gemeinsamen Markt. Ministerpräsident MacMillan hält zwar immer noch die "Europe-Fahne" hoch, wird aber schon von anderen Mitgliedern der Regierung kritisiert. So erklärte in einer Massenversammlung der Unterstaatssekretär im Schatzamt, Nigel Birch, der Gemeinsame Markt wäre zwar wünschenswert, für England jedoch nicht lebenswichtig. Die Labour-Opposition hat durch ihren ausserpolitischen Sprecher Bevan kürzlich erklären lassen, die Idee des Gemeinsamen Marktes sei ein Wunschtraum der Politiker, der es ihnen ermögliche, vor den wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen davonzulaufen.

Man sieht also, dass auch ausserhalb Deutschlands die Stimmung zum Problem des Gemeinsamen europäischen Marktes durchaus nicht so rosig ist, wie es die der Bundesregierung nahestehende Presse gelegentlich darzustellen beliebt. Abgesehen von den rein sachlichen und mehr wirtschaftlichen Argumenten, die gegen das Projekt vorgebracht werden, gibt es auch noch eine Reihe von politischen Argumenten, die besonders in der Bundesrepublik nicht ausser acht gelassen werden sollten. So hat man in England und in den Vereinigten Staaten unter anderem die Frage aufgeworfen, ob durch den Gemeinsamen Markt der westeuropäischen Staaten das Problem der deutschen Wiedervereinigung nicht automatisch noch komplizierter werde als es ohnehin schon ist ...

Die Bundesregierung scheint entschlossen zu sein, alle derartigen Vorbehalte und auch die ungeklärte Situation in den übrigen Vertragsstaaten ausser acht lassen zu wollen. Die Debatte im Bundestag, die für den 21. März festgesetzt ist, wird einerseits zeigen, ob die Regierung und ihre Sprecher in der Lage sind, die sachlichen Vorbehalte gegen die Vertragswerke zu entkräften. Andererseits wird sich aus ihrer Haltung ergeben, ob sie bereit ist, gute im Parlament vorgebrachte Argumente zur Verbesserung ihrer Position bei weiteren Verhandlungen mit den übrigen Vertragspartnern zu übernehmen.

Unüberhörbare Warnungen der Wissenschaftler

Am Ende März sollen auf den kleinen Weihnachtsinseln mitten im Pazifik südlich der Hawaii-Inseln Atomwaffenversuche im Auftrage der britischen Regierung beginnen. Der britische Premierminister MacMillan hat die Anträge der Labourabgeordneten, die Erprobung der Waffen vorerst um ein halbes Jahr zu verschieben, um ein weltweites Abkommen zur Einstellung aller Atomwaffenversuche herbeizuführen, vor dem Unterhaus in London abgelehnt. Auch den Protesten aus Japan und des britischen Friedenskomitees hat der konservative Regierungschef nicht entsprochen.

Von den politischen Kräften, welche sich gegen die neuerlichen Atombombenversuche gewandt haben, ist MacMillan vorgehalten worden, dass durch sie eine weitere Gesundheitsgefährdung der Lebenden und der einmal noch zur Welt kommenden Generation herbeigeführt wird. Diese Kräfte, welche in erster Linie die Gesundheit der Menschheit sehen, haben sich dabei auf neueste wissenschaftliche Gutachten von Forschungsgeräten in England, den Vereinigten Staaten und Japan gestützt.

Demnach gilt nach wie vor: es ist unmöglich, eine Atombombe zur Explosion zu bringen, ohne dabei radioaktive Substanzen in der Atmosphäre freizusetzen. Ferner ist unbestritten, dass die durch eine Explosion aufgewirbelten Staubwolken mit den radioaktiv strahlenden Teilchen monatelang um die Erde kreisen, ehe sie sich mittels Regenfällen auf der Erdoberfläche absetzen. Dabei kann jeder Teil des Erdballes von radioaktiven Regenwolken erreicht werden, so dass heute die Auslösung einer Atombombenexplosion eine Angelegenheit aller Nationen ist. Es ist völlig nebensächlich, ob man sie auf einem einsamen Atoll irgendwo im fernen Pazifik auslöst oder in dichter besiedelten Gebieten.

Messungen haben ergeben, dass die Staubwolken von kleineren Atombomben in einer Höhe zwischen 7,5 und 12,5 km den Erdball bis etwa drei Monate lang umkreisen. Bei den grossen Wasserstoffbomben steigen die Wolken bis zu etwa 30 km hinauf, von wo sie die niedrigen Schichten der Atmosphäre viel langsamer erreichen. Ein bedeutender Bruchteil des erzeugten Staubes kann jahrelang nach einer Explosion in der Stratosphäre bleiben und bildet so eine ständig über uns schwebende Gefahr.

Diese Gefahren, welche der Menschheit durch die Strahlungsinten-

sität der Staubwolken und des radioaktiv versauerten Regens drohen, sind nun ausserordentlich vielseitig geworden, nachdem die Wissenschaft in den letzten Monaten eine Reihe weiterer Erkenntnisse erarbeitet hat. Am gefährlichsten sind die Alpha- und Beta-Teilchen, welche den ganzen Körper durchstrahlen können, wobei fast alle Strahlenwirkungen auf Gewebe ihrem Wesen nach schädlich sind. Weiter haben die Wissenschaftler herausgefunden, dass der Krebs die Tendenz hat, in schwer strahlengeschädigten Geweben zu entstehen. Dabei besteht die Gefahr der Erkrankung bis zu 20 Jahre nach der Strahlungseinwirkung. Hierzu haben Untersuchungen an den Bergleuten in den Bleiberggruben von Joachimsthal und Schneeberg ebenfalls Hinweise gegeben. Sie waren eher als andere Bergleute krebsanfällig, weil sie während ihrer Arbeit das radioaktive Gas Radon einatmeten, welches den Lungenkrebs fördert.

Schliesslich weist man aus der Leuchtfarberindustrie, dass die dort beschäftigten Arbeitnehmer dann für Knochenkrebs anfällig waren, wenn sie mit Radium, Mesothorium, Plutonium oder radioaktivem Strontium zu tun hatten. Diese strahlenden Elemente werden bevorzugt von den Knochen gespeichert. Auch ist die Anfälligkeit für Hautkrebs und bei Kindern für Schilddrüsenkrebs auf Grund erhöhter Bestrahlung festgestellt worden.

Wesentliche wissenschaftliche Arbeiten sind in der letzten Zeit auch über die Erbschäden durch Überstarke Neutronenbeschuss herausgekommen. Nicht nur, dass Fehl- und Totgeburten während der Schwangerschaft eine Bestrahlung erfolge bilden, auch Erbschäden auf viele Generationen hinaus sind möglich. Sie treten ein, wenn die körperlichen Vererbungsbestimmer, die Gene, durch das Einwirken von Neutronen sprunghaft verändert werden. Man ist heute der Ansicht, dass der Anstieg dieser Mutationen gleichlaufend mit der zusätzlichen Strahlungsbelastung ist. Je stärker also strahlende Elemente durch Atomkernexplosionen in den über uns schwebenden Luftschichten anreichert werden, um so zahlreicher werden sprunghafte Veränderungen der Gene eintreten - und je öfter werden bei den Zusammenstößen von Elternpaaren in späteren Generationen unglückliche Menschenkinder zur Welt kommen.

Die Wissenschaftler sind der Auffassung, dass sich bei einer Verdoppelung des Strahlungseinfalles und damit der Mutationsrate der Zwergwuchs innerhalb einer einzigen Generation auf 50 Prozent des jetzigen Standes anheben würde. Die Hämophilie, eine geschlechtsge-

bundene vererbte Erkrankung, würde beispielsweise innerhalb von sechs Generationen um 90 Prozent zunehmen, während sich die Häufigkeit der Geisteserkrankungen vermutlich innerhalb einer Generation unter dieser Voraussetzung verdoppeln würde.

+ + +

Sofortmassnahmen für die Krankenversicherung  
gefordert

H.R. Die Bundesregierung hat, trotz aller Versprechungen, bisher nichts unternommen, um das gegenwärtige Leistungsrecht der Krankenversicherung, das zum Teil noch auf Kriegsverordnungen und -Erlässen beruht und nach Zonen und Ländern unterschiedlich ist, fortschrittlich zu regeln. Weil durch die Arbeitsweise des zuständigen Bundesarbeitsministeriums mit entsprechenden Vorschlägen zur Reform der Krankenversicherung, geschweige denn zu Leistungsverbesserungen, nicht mehr zu rechnen ist, hat die SPD-Bundestagsfraktion wieder einmal die Initiative ergreifen müssen, um wenigstens noch einige schon längst fällige Leistungsverbesserungen im Bereich der Krankenversicherung zu beantragen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb zur grossen Überraschung weiterer Kreise innerhalb der CDU/CSU einen Gesetzentwurf zur Leistungsverbesserung in der Krankenversicherung - Drucksache Nr. 5280 - im Bundestag eingebracht.

Im Hinblick auf die Vorrangigkeit der beantragten Leistungsverbesserungen und die dem 2. Bundestag noch verbliebene Zeit, beschränkt sich der Entwurf der SPD auf die Regelung von solchen Leistungsfragen, die ohne eine grundsätzliche Neugestaltung der Krankenversicherung schon jetzt durchgeführt werden können und die so dringend sind, dass ihre weitere Vertagung nicht mehr verantwortet werden kann.

Das Hauptanliegen des SPD-Entwurfs ist, dass künftig alle Leistungen der Krankenpflege Pflichtleistungen werden, nach Massgabe gesicherter medizinischer Erfahrung ausreichend und zweckmässig sein müssen und künftig auch den Familienangehörigen im gleichen Umfang als Pflichtleistung zustehen sollen. Begrüssenswert sind insbesondere die Vorschläge, grössere Heil- und Hilfsmittel, herausnehmbaren Zahnersatz und Wöchnerinnen-Heimpflege als Pflichtleistungen einzuführen.

Man darf gespannt sein, wie die CDU/CSU und die Regierung Dr. Ade-

nauers auf diesen Vorstoss der SPD reagieren wird, zumal es sicherlich schwer fallen wird, überhaupt stichhaltige Begründungen für eine Ablehnung dieser SPD-Vorschläge zu finden.

Von den möglichen Einwendungen, die man zudem von Seiten der CDU/CSU gewohnt ist, sollen die folgenden kurz untersucht werden. Das Argument, der SPD-Entwurf koste zu viel Geld, es sei mal wieder kein Geld da, dürfte angesichts des Finanzierungsvorschlages in ein Nichts zerfallen. Durch die Übertragung sämtlicher Aufwendungen in Fällen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten von der Krankenversicherung auf die hierfür einzig zuständige Unfallversicherung und die Anwendung des § 205 d der RVO, wonach das "Reich", also nunmehr der Bund, einen Zuschuss zu den Kosten der Familienwochenhilfe zu leisten hat, werden die erforderlichen 240 Mio DM aufgebracht, ohne dass eine Beitragserhöhung für die Versicherten erfolgt. Die Belastung der Unfallversicherung die durch die Übertragung aller Aufwendungen in Fällen von Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen entstehen wird, beträgt noch nicht einmal 0,5 % der Lohnsumme. Wenn man zudem bedenkt, dass auch die Regierung mit der Möglichkeit einer Übertragung eines Teils der Aufwendungen in ihren Unfallversicherungs-Gesetzesentwurf rechnet, und hierfür insgesamt 120 Mio DM vorsieht, - weil sie nicht alle Leistungen überträgt, - erscheinen alle Argumente hinsichtlich der Kosten gegenstandslos.

Ein weiterer Einwand, nämlich der Bundestag hätte keine Zeit mehr zur Beratung und Verabschiedung des Gesetzes, wäre, wenn er vorgebracht werden sollte, ein einmaliges Eingeständnis der Untätigkeit der CDU/CSU, die ja ein beachtliches Unvermögen bei der Entwicklung sozialpolitischer Konzeptionen offenbart. Sollte es wirklich nicht möglich sein, den Entwurf der SPD vorrangig zu behandeln? Vielleicht gewinnt man die erforderliche Zeit für die Beratung, wenn mögliche weitere Militärvorlagen zugunsten der Leistungsverbesserungen in der Krankenversicherung zurückgestellt werden.

+ + +

Kommt Hochmut vor dem Fall ?

Er - Um den Geschäftsführer der CDU-Bundestags-Fraktion, Rasner, scheint sich ein Gewitter zu entladen. Nicht in Bonn, wohl aber in seinem Wahlkreis Flensburg, der nördlichsten Stadt der Bundesrepublik. Rasner kam bei den letzten Bundestagswahlen als Sammelkandidat aller rechts von der SPD stehenden Parteien zum Ziel. Seine Wahl war aber auch gleichermassen eine nationalistische Demonstration, gerichtet gegen die dänische Minderheit, der man durch diese Sammelkandidatur den Einzug in den zweiten Bundestag versperren wollte, was auch zur Freude der neu-deutschen Romantiker gelang.

Das weise Wort eines griechischen Philosophen, man könne nicht zweimal den Fuss in den gleichen Fluss setzen, scheint sich auch an Rasner zu bewahrheiten. Seine ehemaligen Verbündeten von 1953 haben offensichtlich keine Meigung, die Kandidatur Rasners zum dritten Bundestag zu unterstützen, weil sie inzwischen, in vierjähriger Erfahrung, unter dem Hochmut und der Oberheblichkeit zu leiden hatten, die für Rasner so charakteristisch sind, wie die Dinge gegenwärtig liegen, wird Rasner und seine Partei auf einen Alleingang angewiesen sein, denn sowohl FDP als auch DF von Flensburg haben kundgetan, dass sie sich nicht mehr hinter Rasner stellen werden, weil er "unser Vertrauen verloren hat."

Die FDP von Flensburg liess sich dabei noch von einer anderen Einsicht leiten. Sie ist auch schon deshalb gegen die Aufstellung einer gemeinsamen Liste, weil sie eine nationalistische Demonstration vermeiden will - und das wäre die Aufstellung eines Sammelkandidaten in dieser Grenzstadt. Das ist eine gute Einsicht, denn sie verkundet eine wahrhaft europäische Gesinnung, die man bei dem Berufe-Bürger Rasner vermisst.

- + +  
Professoren sollen sich äussern  
-----

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker in München hat in Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion in diesen Tagen die rd. 1800 Professoren und Dozenten an den bayerischen Universitäten und Hochschulen getet, auf einem Fragebogen ihre Ansicht zum Ausdruck zu bringen, wie die geplanten Förderungsmassnahmen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung am besten realisiert werden könnten. Dem Fragebogen beigelegt wurden die Broschüren "Der Rucker-Plan" und "Die Mobilisierung des Geistes". Letztere enthält die Referate und Beschlüsse des Düsseldorfer Kongresses der SPD vom 7./8. 12. 1956.

Im einzelnen wird u.a. gefragt, ob eine stärkere Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Politik erforderlich erscheint, und wie dies am besten geschehen könne: durch häufigeres Anhören von Wissenschaftlern in den Parlamentsausschüssen, durch vermehrte Mitarbeit von Wissenschaftlern im politischen Leben oder durch die Errichtung eines unabhängigen Wissenschaftler-Gremiums wie des von der SPD vorgeschlagenen "Deutschen Forschungsrates".

Weiterhin wird gefragt, ob die Massnahmen vom Bund zentral gelenkt, den Ländern jeweils getrennt für sich überlassen oder von einer aus Vertretern des Bundes, der Länder und der Wissenschaft zusammengesetzten Kommission koordiniert werden sollen. (spk).

+ + +  
-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel